

Bürgermeister-Stimme gibt den Ausschlag

Haushalt 2017: Stadtrat bringt das Finanzpaket denkbar knapp unter Dach und Fach. Dabei ziehen CDU und Grüne in allen Punkten an einem Strang. Investitions-Ansätze für dritte Gesamtschule gegen den Protest der anderen Fraktionen vorerst gekürzt

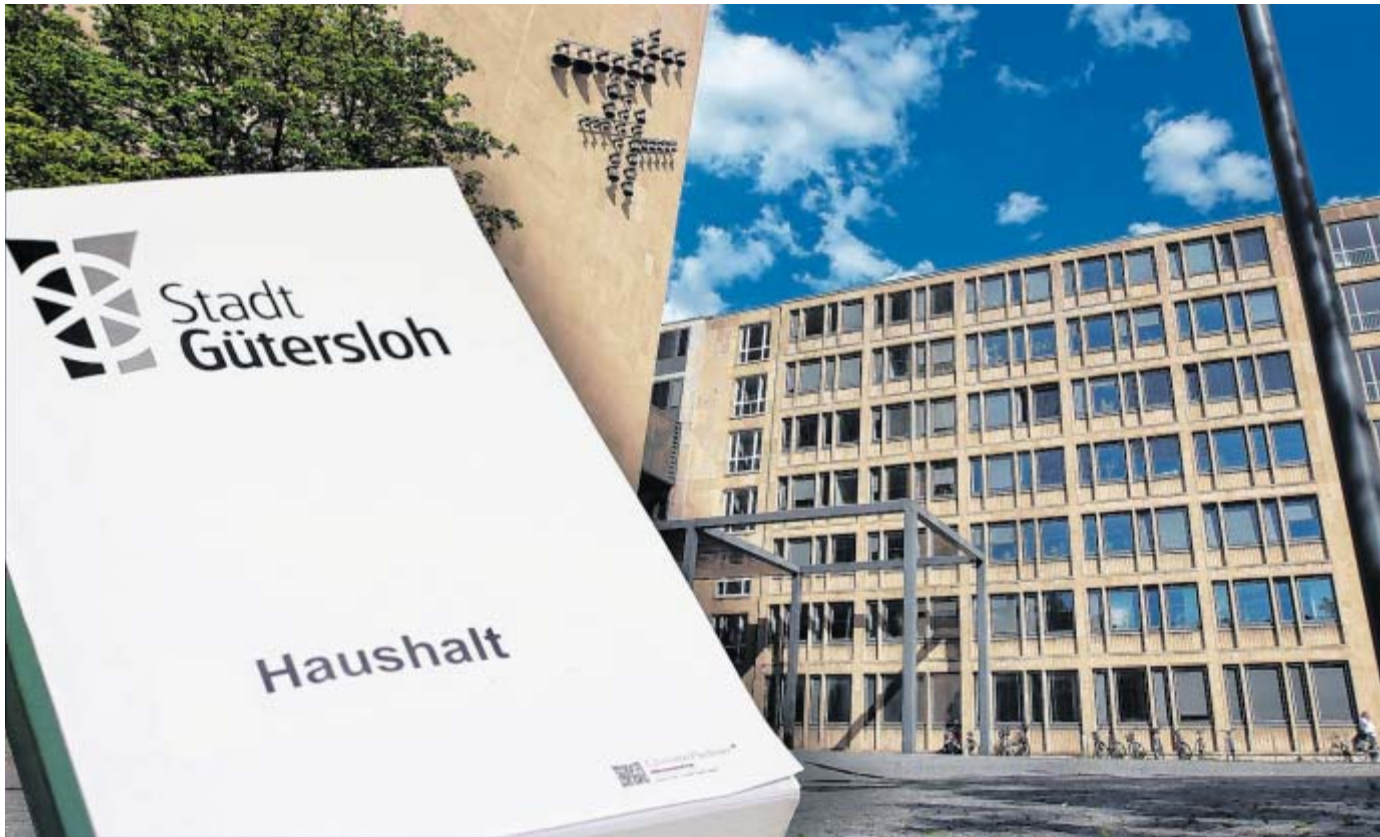
Von Ludger Osterkamp

■ **Gütersloh.** Die Stadt hat ihren Haushalt für 2017 am Freitagabend unter Dach und Fach gebracht – mit der denkbar knappsten aller Mehrheiten. 26 Ja-Stimmen von CDU und Grünen standen 26 Nein-Stimmen von SPD, BfGT, UWG, Linke und FDP gegenüber. Den Ausschlag gab die Ja-Stimme von Bürgermeister Henning Schulz (CDU). Bei einem Volumen von 287 Millionen Euro weist der Haushalt eine Lücke von 1,7 Millionen Euro auf.

Der Abstimmung vorausgegangen waren Haushaltsreden und eine erneut intensive Debatte um die Mittel für die dritte Gesamtschule. SPD, BfGT und andere Fraktionen warfen den Christdemokraten und Grünen vor, die im Gütersloher Norden geplante Gesamtschule durch Kürzen der Mittel schon im Vorfeld „kaputtsparen“ zu wollen – ein Vorwurf, den die Gegenseite energisch zurückwies.

Die Gesamtschuldebatte kochte hoch, als es um das Investitionsprogramm für die nächsten Jahre ging. CDU und Grüne untermauerten ihre Forderung, die Investitionsansätze für 2019 und 2020 auf acht statt 23,5 Millionen Euro zu kürzen. „Wir wollen deutlich machen, dass wir mit den beiden Bestandsgebäuden arbeiten wollen“, sagte Raphael Tigges (CDU) mit Blick auf die auslaufenden Hauptschule Nord und Freiherr-vom-Stein-Schule. Der Schulstandort Nord sei damit keineswegs gefährdet, sagte Fraktionschef Heiner Kollmeyer: „Niemand darf und sollte uns unterstellen, wir seien gegen eine dritte Gesamtschule.“ Grünen-Fraktionssprecherin Birgit Niemann-Hollatz sagte, sie könne sich keinen Neubau auf grüner Wiese vorstellen. „Wir müssen die vorhandene Substanz nutzen und verantwortungsvoll und nachhaltig mit Ressourcen umgehen.“ Mit einer „Sparversion“, wie von den anderen Fraktionen unterstellt, habe das nichts zu tun.

Die SPD-Sprecherin Susanne Kollmeyer hielt den Kontrahenten dagegen vor, mit ihrem Beschluss eine Zwei-



Dickes Paket: Der Haushalt der Stadt Gütersloh. Bürgermeister Henning Schulz kündigte gestern an, den Etat für 2018 ungewöhnlich früh verabschieden zu wollen, „möglichst noch im Dezember“. Bedeutet: Die nächste Haushaltsdebatte startet schon im Herbst.

Standort-Lösung zu präjudizieren – und das, bevor das Ergebnis der Variantenuntersuchung vorliege. BfGT-Sprecherin Christiane Ziegele sagte, man solle die ursprüngliche Summe stehen lassen und damit „ein klares Statement für eine Ein-Standort-Lösung“ abgeben. Bürgermeister Henning Schulz konnte der Debatte dagegen wenig abgewinnen. „Das sind alles nur symbolische Statements“, sagte er, „und eine symbolische Diskussion auf allen Ebenen“. Entschieden werde erst in den Folgejahren. Überdies bestehe doch Einigkeit, zunächst die

Studie abzuwarten. Schulz' Mäßigungsappell: „Halten Sie den Ball flach, sonst schadet der Rat in Summe dieser Schule.“ Thomas Ostermann (SPD) konterte, Symbole seien wichtig; den Antrag von SPD und BfGT, die 23,5 Mio. Euro stehen zu lassen und erst Variantenuntersuchung sowie die Debatte im Bildungsausschuss abzuwarten, lehnte die Mehrheit des Rates (CDU, Grüne, FDP, Bürgermeister) indes ab.

Bei den Haushaltsreden sagte Kollmeyer (CDU), der 2017er-Haushalt sei trotz des Defizits von 1,7 Millionen Euro „sauber durchfinanziert“.

Die Investitions-Offensive von 204 Millionen Euro bis 2020 bereite der CDU aber Unbehagen. Gemeinsam mit Grünen und Schulz (der damit gegen seinen eigenen ambitionierten Entwurf votierte) setzte sie durch, das Programm um zwei Jahre bis 2022 zu strecken. Das senke die Kreditaufnahme deutlich. Gleichwohl, so Kollmeyer, werde sich die Stadt bald wieder mit dem Thema Konsolidierung beschäftigen müssen. Niemann-Hollatz sagte, für 2018 und Folgejahre „wird es Änderungen geben müssen“. Sie erwarte von der Verwaltung ei-

ne Prioritätenliste.

Auch Ostermann (SPD) mahnte eine Prioritätenliste an. „Wie wichtig ein solche Liste gewesen wäre, zeigt der Blick auf 2015. Dort wurde von den geplanten Investitionen von 25 nur 18 Millionen Euro umgesetzt.“ Wie werde das erst bei einem doppelt so hohen Volumen? Was falle dann hinten rüber? Den Vertrauensvorschuss, den die SPD der Schulz-Verwaltung im Vorjahr noch gegeben habe, sei nicht eingelöst worden; daher lehne sie den Haushalt ab.

Auch die BfGT prangerte das Fehlen einer Prioritätenliste an. Stattdessen türmten Verwaltung, CDU und Grüne einen Schuldenberg auf, „wie es ihn in Gütersloh noch nie gegeben hat“. Gestrichen werde ausgerechnet bei der dritten Gesamtschule. Ein Fehler, so die BfGT: „Wenn wir da nicht richtig investieren, wird das Ganze zum Scheitern verurteilt sein“, so Norbert Morkes. Die Linke lehnte den Investitionsplan ab, weil er nicht seriös finanziert sei. Erneut forderte Manfred Reese eine Erhöhung der Gewerbesteuer und die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesell-

Stadtverwaltung wächst um mindestens 47 Stellen

◆ Die Stadtverwaltung wird immer größer: Richtete sie im Vorjahr 65 neue Stellen ein, werden es dieses Jahr mindestens 52 sein. Fünf fallen weg, bleiben unterm Strich 47.

◆ Die möglicherweise 53. neue Stelle beschloss der Rat auf Antrag der SPD gestern: Eine zur Förderung des Ehrenamtes. Einstimmig votierte der Rat, dafür maximal eine Stelle auszu-

weisen. Sie fließt mit Sperrvermerk schon mal in den städtischen Personalplan ein – in welchem Umfang sie umgesetzt oder die Aufgabe komplett an eine externe Organisation verlagert wird, hängt von einem Ehrenamtskonzept ab, das bis September vorliegen soll.

◆ 34 der neuen Stellen entfallen auf Kitas: 23 Erzieherinnen plus elf beglei-

tende Kräfte.

◆ Bekommt sie alle Stellen besetzt, wächst die Stadtverwaltung somit auf 1.139,5 Mitarbeiter. Davon sind 289 Beamte.

◆ Zusätzliche Stellen könnten bei den Schulsekretariaten entstehen. Die Stadt wartet auf das Ergebnis der Organisationsuntersuchung, das voraussichtlich im Sommer vorliegt. (ost)

Haushalt 2017 mit Minus

◆ Der Haushalt 2017 ist unausgeglichen: Er schließt mit einem Minus von 1,719 Millionen Euro ab – Folge der politischen Beschlüsse und aktueller Entwicklungen. Der Entwurf, den die Stadtverwaltung im Dezember vorgelegt hatte, war noch ausgeglichen gewesen.

◆ Die Stadt deckt das Minus aus ihrer Rücklage ab. Durch Überschüsse aus Vorjahren ist sie gut gefüllt.

◆ Die Stadt wird dieses Jahr 49,7 Mio. Euro investieren. Sie finanziert das durch investive Einzahlungen, Eigenfinanzierung und Inanspruchnahme der Liquidität. 26 Mio. Euro nimmt sie an Krediten auf.

◆ Schwerpunkte der Investitionen sind Feuerwehrneubau, Kanalsanierung und Straßen, Schulbauten, Kita-Ausbau, Schaffung von Wohnraum, Entwicklung Gewerbepark Flughafen.

◆ Die Steuersätze – Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B – bleiben unverändert.

◆ Hohe Investitionen führen in den nächsten Jahren dazu, dass der Schuldenberg enorm wächst: Von 82 auf rund 180 Mio. Euro Ende 2020. Folge: Eine jährliche Zins- und Tilgungsbelastung von fünf Mio. Euro. (ost)

schaft. Für die UWG sprach Werner Lindermeier von einem Haushalt mit „hohem finanziellen Gefährdungspotenzial für die Stadt“. Angesichts der Komplexität der Aufgabe solle sich die Stadt „professionelle externe Unterstützung“ besorgen. Bei der FDP meldete sich erstmals seit langem Einzelvertreter Florian Schulte-Fischedick zu Wort. Er lehnte den Haushalt ab.